

Pressemitteilung der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg zur Teilnahme am bundesweiten Bildungsprotest 2014 sowie Forderungen zum Solidarpaket III

Die Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg (LaStuVe) hat auf ihrer letzten Sitzung beschlossen, sich am bundesweiten Bildungsprotest 2014, welcher heute seine Auftakt hat, mit eigenen Forderungen zu den im Bundesland gerade stattfindenden Solidarpaket-III-Verhandlung zu beteiligen. Hierzu wurden zehn baden-württembergische Forderungen an die Politik formuliert.

„Die Studierendenschaften aus Baden-Württemberg beteiligen sich am bundesweiten Bildungsprotest, da sie ebenso von Kürzungen betroffen sind und auf die Probleme an den Hochschulen hinweisen wollen. Die Erfahrungen bei den Musikhochschulen und die geheimen Verhandlungen zum Solidarpaket III lassen uns nichts Gutes hoffen.“, begründet Sophia Overbeck, Sprecherin der LaStuVe, die Aufstellung der zehn Forderungen.

Deshalb fordert die LaStuVe nun folgende zehn Punkte von der Politik:

1. Kein Spaltung der Hochschularten
2. Einmalige Erhöhung der Grundlast i.H.v. 3% für alle Hochschularten
3. Keine Kürzungen, auch nicht an den Musikhochschulen
4. Überführung von Ausbauprogrammen HS2012 und Master2016 in die Grundlast
5. Erhalt der Qualitätssicherungsmitteln in ihrer bisherigen Form
6. Jährliche Steigerung aller finanziellen Mittel i.H.v. 1% plus Inflationsausgleich
7. Anpassung der aller finanziellen Mittel an wachsende Studierendenzahlen
8. Beseitigung des Investitionsstaus an Hochschulen, Reform und Vereinheitlichung der Verwaltung des Hochschulbauwesens.
9. Aufhebung des Kooperationsverbots von Bund und Ländern
10. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse auflösen

Die erste Forderung richtet sich an die einzelnen LandesrektorInnenkonferenzen der Hochschularten, gemeinsame Forderungen zu formulieren und sich nicht spalten zu lassen. Die differenzierte Hochschullandschaft ist eine Bereicherung für Baden-Württemberg und muss als Einheit funktionieren.

„Alle Hochschularten sind chronisch unterfinanziert, weshalb wir eine Erhöhung der Grundlast um mindestens 3% als absolut notwendig erachten, um deren erfolgreichen Fortbestand und Entwicklung zu sichern. Die chronische Unterfinanzierung verbietet per se jegliche Kürzung an irgendeiner Hochschulart. Eine Reform der Musikhochschulen unter einem Damoklesschwert von 5 Mio. Euro Einsparungen ist keine Reform, sondern eine drastische Reduzierung der Studierendenzahlen“ so Johannes Kolbe, Sprecher der LaStuVe.

Da die Studierendenzahlen, wie die KultusministerInnenkonferenz vor Kurzem bekannt gab, auf einem ähnlich hohen Niveau bleiben werden, ist eine Überführung der Ausbauprogramme in die Grundlast eine weitere zentrale Forderung der LaStuVe. Dazu Tabea Huslisti, Sprecherin der LaStuVe: „Dieser Schritt ist dringend notwendig, um die Finanzierung der Hochschulen auch nach Ablauf der Programme gewährleisten zu können.“

In der Regel funktioniert die einvernehmliche Vergabe der Qualitätssicherungsmittel für alle Beteiligten zufriedenstellend und sehr konstruktiv. Den aus Universitäts-Rektorenkreisen ins Gespräch gebrachte „Experimentiertopf“ in Höhe von 500.000 Euro lehnt die LaStuVe ab und fordert stattdessen, dass die Qualitätssicherungsmittel in ihrer bisherigen Form und Höhe erhalten bleiben.

Die LaStuVe schließt sich der Forderung des Wissenschaftsrates nach einer jährlichen Steigerung der Grundlast in Höhe von mindestens 1% plus Inflationsausgleich an. Sollten sich die Studierendenzahlen weiter nach oben entwickeln, müssen die Mittel zudem an die gestiegenen Studierendenzahlen angepasst werden.

Der an jeder Hochschulart herrschende Investitionsstau muss dringend beseitigt werden, da hier schon seit langem Handlungsbedarf besteht. Ebenso muss aus Sicht der LaStuVe die Ungleichbehandlung von Hochschularten beim Bauwesen - zum Beispiel bei Zuständigkeiten, Verfahren, usw. - sowie bei der Finanzierung der Strom- und Heizkosten beseitigt werden.

Eine Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung und weiteren Wissenschaftsbereichen ist dringend notwendig, weshalb die LaStuVe eine Aufhebung des unzeitgemäßen Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern fordert. In einer globalisierten Welt benötigen die Bundesländer die Unterstützung des Bundes bei der Sicherung der Zukunft. Zudem spricht sich die LaStuVe deutlich gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Bereich aus und stuft diese als unsozial ein. Michael Heint, Sprecher der LaStuVe: „Wie kann man von der Privatwirtschaft glaubhaft etwas einfordern, wenn man selbst nicht nach seinen Maßgaben handelt? Wir fordern deshalb die Abschaffung von prekären Beschäftigungsverhältnissen an Hochschulen.“

„Wir sind uns bewusst, dass die Finanzierung der Punkte unter Beachtung der Schuldenbremse nicht einfach ist. Sie ist dennoch möglich und die Politik muss hier endlich beweisen, ob und was ihr Bildung wirklich wert ist. Bildung ist die Zukunft – wir fordern deren Sicherung!“ schließt Jörg Willburger, Sprecher der LaStuVe, ab.

- Bei Fragen erreichen Sie uns unter praesidium@lastuve-bawue.de -

V.i.S.d.P.: Sophia Overbeck, Jörg Willburger, Johannes Kolbe, Tabea Huslisti, Michael Heint